

Das neue Deutschland.

Die Neuorientierung in Bayern.

in München, 21. Okt. (Priv.-Tel.) Ueber die vorläufigen Grundlagen, auf denen die Parteien des bayerischen Landtags in der Frage des demokratischen Aufbaus der Verfassung untereinander und mit der Regierung eine Verständigung zu erzielen versuchen, sind trotz der Schweigepflicht, die sich die Teilnehmer an den Verhandlungen auferlegt haben, in zwei Münchener Mittagsblättern Andeutungen gelangt, die Veranlassung zu einigen ergänzenden Mitteilungen geben. Nach unserer Kenntnis stellt sich der gegenwärtige Stand der Verhandlungen wie folgt dar:

Das Zentrum würde bereit sein, der Einführung der Verhältniswahl für das ganze Land, und zwar unter Zugrundelegung der acht bayerischen Kreise als Wahlkreise, zuzustimmen. Es verlangt jedoch vor allem einen Schutz des plattlichen Landes gegen das durch ihr Wachstum bedingte Uebergewicht der großen Städte. Die Parteien der Linken sind nicht abgeneigt, die in dieser Beziehung gewünschte Sicherung zuzubilligen. Dies könnte geschehen, indem aus den fünf größten Städten, München, Nürnberg, Augsburg, Würzburg und Ludwigshafen besondere Wahlkreise gebildet würden, sodas also Bayern im Ganzen deren 13 zählen würde.

Die Parlamentarisierung denkt man sich in der Form der Aufnahme von etwa fünf Ministern ohne Portefeuille aus den Reihen der Abgeordneten in die Regierung, und zwar nach Maßgabe der Parteistärke. Es läme demnach für die Dauer der Kriegszeit zunächst ein Konzentrationsministerium in Frage, und erst die später auf Grund eines geänderten Wahlrechts erfolgten Wahlen würden über die zukünftige Zusammensetzung einer Regierung im Sinne des reinen Parlamentarisierungsgedankens entscheiden.

Was die Reform der Reichskammer anlangt, so wird man sich voraussichtlich im we entlichen nach den Vorschlägen der Regierung mit der Vermehrung der Sitze durch etwa 30 Vertreter der verschiedenen Städte einverstanden erklären, deren Aufnahme auf Grund von Präsentationen durch die Korporationen und formaler Ernennung durch den König zu erfolgen hätte. Es verdient jedoch wiederholt betont zu werden, das alle diese Punkte zunächst nichts weiter als die Grundlage von Verhandlungen darstellen, deren Verlauf durchaus noch nicht feststeht, und deren Abschluß kaum vor Mitte der Woche zu erwarten ist.

Forderungen der württembergischen Sozialdemokraten.

in Stuttgart, 21. Okt. (Priv.-Tel.) Eine von der Sozialdemokratie einberufene Massenversammlung nahm eine Entschliesung an, in der es heißt, sie erkläre in der neuen parlamentarischen Reichsregierung den ersten entscheidenden Schritt zur Umwandlung des alten unferlich-bürokratischen Obrigkeitsstaates zum demokratischen Volksstaat und zur Anbahnung des Sozialismus, der allein die Möglichkeit gewähren werde, dem deutschen Volk nach diesem Krieg erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Von der Regierung erwarte sie die rasche und sichere Fortführung der Bemühungen zur Herbeiführung eines demokratischen Weltfriedens und verlange strenge Zurückrechnung der Schuldigen, die frühere Friedensaktionen zum Scheitern gebracht hätten und damit verantwortlich seien für die Opfer und Leben, die während und nach dem Kriege zu tragen seien. Die Versammlung forderte weiter die Fortführung der demokratischen Erneuerung Deutschlands und für Württemberg die Aufhebung der Ersten Kammer, die Einführung der allgemeinen Verhältniswahl für alle volljährigen Staatsangehörigen und die Errichtung eines verantwortlichen Ministeriums aus den gewählten Vertrauensmännern des Volkes.

Berlin, 21. Okt. (M. A.) Der Kaiser empfing heute nachmittags in Gegenwart des Reichskanzlers die neu ernannten Staatssekretäre Scheidemann, Groeber, Erberger, Gaußmann, Krimborn, Bauer und die Unterstaatssekretäre David, Siebherz, Robert Schmidt und Dr. August Müller.

Das Schicksal Oesterreichs.

in Wien, 21. Okt. (Priv.-Tel.) Man kann es hier nicht verzeihen, das man durch die Note Wilsons peinlich über rascht worden ist, nachdem man über die Grundzüge derselben schon längst anders und gut unterrichtet zu sein glaubte. Es war bekannt geworden, das Präsident Wilson sich mit der bloßen Autonomie der österreichischen Völker nicht mehr zufrieden geben würde, doch hoffte man, das man seinen Wünschen geschickt entgegenkomme, indem man über die Autonomie hinaus durch das Manifest den Völkern die vollständige freie Verfügung über ihr künftiges Schicksal und selbst über ihre Zugehörigkeit zur Monarchie überließ. (Man erklärt sich auch nachträglich die Preisgabe des österreichischen Zusammenhanges in der Rede Hussareks, die man für eine rednerische Entgleisung halten mußte.) Mit einem hatte man hier bestimmt nicht gerechnet: Das Präsident Wilson unberührt durch alles Entgegenkommen dem tschecho-slowakischen Nationalität und den südslawischen Völkern eine Plenarvollmacht zur Verfügung über Oesterreich-Ungarns Schicksal ausstellen würde. Es liegt darin ein solcher Siegeshochmut und eine gewollte Demütigung der besiegten reichstreuen Völker und vor allem der Dynastie, das man annehmen sollte, es würde ein Aufstammen der Enttäuschung bei allen noch nicht vom Staat Abgefallenen sich erheben. Aber dem ist nicht so.

Man scheint sich in Oesterreich-Ungarn mit dem Gedanken der bedingungslosen Kapitulation schon vertraut gemacht zu haben. Außerdem sieht die Reichshauptstadt unter dem Druck der Aus Hungerehung. So wird also, wie immer die Dinge laufen, mit der baldigen Unterwerfung Oesterreich-Ungarns zu rechnen sein. Die Tschechen haben von ihrer Vollmacht schon den Gebrauch gemacht, das sie ihre vollständige Unabhängigkeit und ihren souveränen Staat auf historischer staatsrechtlicher Grundlage proklamieren. Damit ist natürlich gar nichts getan, denn ob sich die Deutsch-Böhmen fügen werden, steht noch dahin. Freilich, die Nationalversammlung der Deutschen, die heute Nachmittag zusammentritt, wird gemäsigte Beschlüsse fassen, die insbesondere den Anschluß an das Deutsche Reich nicht einschließen. Dafür dürfte die Rücksicht auf die besondere Lage des Deutschen Reiches in den Friedensverhandlungen maßgebend gewesen sein. Jedenfalls entfleht Deutsch-Oesterreich und was in Zukunft daraus wird, braucht jetzt noch nicht erörtert zu werden. Oesterreich hat soweit aufgehört, das man nur sagen kann, es wirken die Behörden noch kraft des Gesetzes der Trägheit, soweit man nicht den Gehorsam einfach verweigert.

in Budapest, 21. Okt. (Priv.-Tel.) Der südslawische Nationalrat veröffentlicht nach einer Agrarer Meldung ein Manifest, in welchem auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes die Schaffung eines einheitlichen selbständigen südslawischen Nationalstaates auf allen Territorien, wo Slowenen, Kroaten und Serben wohnen, ohne Rücksicht auf staatliche oder provinzielle Grenzen, lediglich unter Berücksichtigung der ethnischen Zugehörigkeit, gefordert wird. Der südslawische Nationalrat erklärt die in dem kaiserlichen Manifest niedergelegten Grundzüge als nicht befriedigend, nimmt die in diesem Manifest zugebilligte Ausübung des Selbstbestimmungsrechtes nicht zur Kenntnis und lehnt auch alle zukünftigen wie immer gearteten von ungarischer Seite kommenden von vornherein ab.